

Die letzte Generation – Teil 38

20.August 2015 <https://www.youtube.com/watch?v=q9IzFfCB1i4>

Der Vatikan, die Rockefellers, Obama und Muslime vereint für die Neue Weltordnung – Teil 9

Die Generalbundesanwältin Loretta Lynch sprach bei einem Jahrestreffen von Verteidigern von Muslimen im Dezember 2015.

<http://www.breitbart.com/big-journalism/2015/12/07/meet-the-press-ag-loretta-lynch-not-asked-about-pledge-to-criminalize-anti-muslim-speech/>
7.Dezember 2015

Zu einer sonntäglichen Ausgabe der Politik-Fernsehsendung „Meet the Press“ (Sich der Presse stellen) wurde die amerikanische Generalbundesanwältin Loretta Lynch eingeladen. Dort wurde sie nicht nach ihrer Zusage, anti-muslimische Reden zu kriminalisieren, gefragt

Hier draußen im Hinterland betrachten wir Bauerntölpel den Schwur der amerikanische Generalbundesanwältin, den sie gegenüber einer bestimmten Gruppe gemacht hat, dass sie gegen bestimmte Arten von „Rhetorik“ jener Gruppe etwas unternehmen wird, die genauso eine Bedrohung darstellt wie der Faschismus, als eine wichtige Angelegenheit. Obwohl Loretta Lynch genau diese Aussage einige Tage zuvor gegenüber einer muslimischen Gruppe gemacht hatte, war es dem Nachrichtensender nicht wert, dieser Beachtung zu schenken oder die Generalbundesanwältin gar während ihres Auftritts am Sonntag darauf anzusprechen.

Wenn der Moderator Chuck Todd wenigstens über die neuesten Nachrichten über den Terrorangriff in San Bernardino berichtet hätte, hätte man ihm dies noch verzeihen können. Aber auch das tat er nicht. Tatsache ist, dass obwohl ein Nachbar der San Bernardino-Terroristen zugegeben hatte, dass ihm das Paar verdächtig vorgekommen war, aber er aus Furcht, als anti-muslimischer Rassist bezeichnet zu werden, nichts unternommen hatte, fragte Todd die Generalbundesanwältin Loretta Lynch immer noch: „Sie und Direktor Comey haben gesagt: 'Wenn jemand etwas Verdächtiges sieht, soll er es anzeigen.' Gibt es da eine Linie, bei der Sie fürchten, dass Menschen über Gebühr verdächtig werden können?“ Obwohl Lynch nichts Entscheidendes dazu sagte, nahm sich Todd dennoch die Zeit, um das Gespräch auf die Waffenkontrolle zu bringen. Er fragte sie: „Ist es an der Zeit, über Waffenkontrolle zu sprechen?“

Dazu schauen wir uns an, was die Generalbundesanwältin am 3.Dezember 2015 bei einer Veranstaltung von muslimischen Verteidigern gesagt hat:

„Es ist offenkundig, dass dies ein Land ist, das auf Redefreiheit basiert. Doch wenn sie in Gewalt ausartet, wenn wir sehen, dass jemand die Gelegenheit für **anti-muslimische Rhetorik** beim Schopf packt oder – wie wir es nach dem 11. September 2001 erlebt haben – um gegen Einzelpersonen, die noch nicht einmal Muslime sind, Gewalt auszuüben, doch als solche wahrgenommen werden, dann sollen diejenigen, die diese Gewalt ausüben genauso leiden wie ihre Opfer. **Wenn wir so etwas in Erfahrung bringen, werden wir entsprechend in Aktion treten.**

Seit dem 11. September 2001 haben wir 1 000 Fälle von anti-muslimischer Hass-Aktivitäten untersucht, wozu auch Rhetorik und voreingenommene Aktionen gehören, woraus 45 Strafverfolgungen resultierten.

Ich halte es dennoch für wichtig, dass wir, wenn wir erneut über die Bedeutung der Redefreiheit sprechen, klarstellen, **dass Aktionen, die auf Hass-Reden basieren, nicht Amerika widerspiegeln.** So sind wir Amerikaner nicht. Und wir werden diejenigen verfolgen, die das tun. Ich möchte diese Botschaft ganz klar in den Raum stellen.“

Lynch macht offensichtlich den Umweg über die Redefreiheit. Sie ist nicht auf Bedrohungen oder Gewalt fokussiert (wobei beides illegal ist), sondern sie verwendet absichtlich das Wort „Rede“. Meiner Meinung drückt sie sich absichtlich unklar darüber aus, was sie in Wahrheit meint. Die Gründe dafür sind offensichtlich. Sie wollte:

- Die Gruppe, zu der sie da gerade sprach, zufrieden stellen
- Den Rest von uns abschrecken

Die Generalbundesanwältin wurde in der Sendung „Meet the Press“ von Chuck Todd auch nicht gefragt, warum sie zu dieser muslimischen Bürgerrechtsgruppe gesagt hatte, dass ihre „größte Angst“ ein Ausbruch sei, aber nicht der eines weiteren Terroranschlags, sondern der anti-muslimischen Rede.

Wenn das für sie lächerlich klingt, dann habe ich hier eine direkte Aussage von ihr für Sie:

„Die Furcht [vor anti-muslimischer Rede], die Sie gerade erwähnt haben, ist in der Tat meine größte Angst als Staatsanwältin, als jemand, der geschworen hat, das amerikanische Volk zu schützen. Denn **die anti-muslimische Rhetorik geht zumeist mit Gewaltaktionen einher.**“

Ob sie das nun erfinden müssen oder nicht, aber die Medien in Washington D.C., einschließlich der Sendung „Meet the Press“, stürzen sich permanent

auf alles von der Partei der Republikaner Kommende, was sie als extrem und übertrieben wahrnehmen und sind nahezu besessen davon. Um von anderen Dingen abzulenken, verwenden die Medien schonungslos solche Aussagen, wie die von Lynn, als Keulen gegen die Republikaner. Das machen sogar die örtlichen undurchsichtigen Kandidaten. Das ist die konstante Dynamik, die wir von den Medien sehen. Doch die Demokraten werden bei ihrem Extremismus im Hinblick auf Abtreibung, Waffen, Redefreiheit, Umweltschutz usw verschont.

Das erklärt, weshalb mein Vertrauen auf die Medien bei mir auf ein Allzeit-Tief gesunken ist.

Ende der Übersetzung der wichtigsten Teile dieses Artikels

Weiter mit dem Video

Bei diesem Abendessen sagte die Präsidentin und Direktorin von Muslim Advocates (Muslimische Anwaltschaft und Bildungsorganisation) Farhana Khera:

„Ich frage mich, ob Sie mir sagen können, was das Justizministerium unternimmt, um die Täter von Hass-Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen.“

Die Richtung, die Christen zu ermitteln, die gegen den Islam sind, wird als treibende Kraft verwendet, um sie zu verfolgen

<http://www.reuters.com/article/us-islam-blasphemy-idUSBRE89E18U20121015>

15. Oktober 2012

Der OIC will der Redefreiheit des Westens ein Blasphemie-Verbot auferlegen

„Die Opposition des Westens hat es bisher für muslimische Staaten unmöglich gemacht, ein Blasphemie-Verbot durchzusetzen, wozu auch anti-islamische Videos und Cartoons gehören, die für tödliche Aufstände gesorgt haben“, meinte der bekannteste islamische Top-Diplomat der Welt. Der Generalsekretär der Organization of Islamic Cooperation (OIC = Organisation für islamische Zusammenarbeit), Ekmeleddin Ihsanoglu, sagte, seine aus 57 Nationen bestehende Körperschaft würde nicht mehr versuchen, die UNO dazu zu bringen, ein Verbot von Religionsverletzungen zu unterstützen. Dies hatte sie von 1998-2011 versucht. Doch er appellierte an die UNO-Staaten, Gesetze gegen Hass-Rede im Hinblick auf den Islam durchzusetzen.

Ihsanoglu klagte:

„Die europäischen Länder haben nicht dafür gestimmt und die USA auch nicht.“

Die westlichen Staaten betrachten die Veröffentlichung von anti-islamischen Bildern und Film-Material als Ausdruck ihrer Redefreiheit. Die Veröffentlichung eines in Amerika hergestellten Amateur-Videos, in dem der Prophet Mohammed als ein verrückter Frauenheld dargestellt wird, sowie die Publikation von Karikaturen von ihm in Frankreich im September 2012 haben zu gewalttätigen Protesten geführt. Und prompt hat die muslimische Welt wieder ein globales Gesetz gegen Blasphemie gefordert. Diese Protestaktionen hatten 24 Menschen das Leben gekostet.

Ein langer diplomatischer Kampf

Ihsanoglus Aussage klärt den Standpunkt, den die OIC zu einer Zeit einnimmt, in der muslimische religiöse Führer immer mehr ein internationales Blasphemie-Gesetz fordern und Politiker westliche Staaten beschuldigen, anti-muslimischen Hass unter dem Schutz ihrer Redefreiheit-Gesetze zu verbreiten.

Alles begann damit, dass die OIC, der 57 Nationen angehören, die Mehrheit bei den UNO-Rechtskörperschaften und der UNO-Generalversammlung für ihre Forderung nach nicht bindenden Resolutionen im Hinblick auf die „Bekämpfung der Diffamierung von Religionen“ bekam, was die westlichen Staaten als eine mögliche Bedrohung der Redefreiheit ansahen.

Doch die Unterstützung für diese Texte sank bis zum Jahr 2010 auf unter 50 %, weil es immer mehr Widerstand dagegen von Seiten des starken Westens und von Lateinamerika gab. Daraufhin entschied sich die OIC im Jahr 2011 für eine schwächere Resolution im Hinblick auf die Intoleranz gegen alle Religionen. Die mehr allgemein gehaltene Resolution, die auch mit den USA und der EU abgestimmt wurde, wurde einstimmig verabschiedet. Der lange Disput gipfelte in verschiedenen Ansichten über die Redefreiheit im Westen und in den muslimischen Ländern. Ihsanoglu meinte, die westlichen Länder hätten ein „seltsames Verständnis“, was die Redefreiheit anbelangt, wenn sie dazu missbraucht werden könnte, um Andere zu verletzen und zu beleidigen.

Im September 2015 handelte Präsident Barack Hussein Obama gemäß der UNO, als er auf die Proteste der Muslime gegen das in Amerika produzierte Video mit dem Titel „Die Unschuld der Muslime“ einging, in welchem der Prophet Mohammed parodiert wurde. Er tat dies in der Weise, dass er diesen Film zwar verurteilte, aber dennoch unerschütterlich die Rede- und Meinungsfreiheit verteidigte.

Er sagte:

„Die stärkste Waffe gegen die Hass-Rede ist nicht Unterdrückung, sondern mehr Rede zuzulassen – die Stimmen der Toleranz, die sich gegen Fanatismus und Blasphemie erheben.“

Ihsanoglu erklärte seine Entscheidung, kein Weltverbot anzustreben, damit, dass er sagte, dass die Entscheidung des Internationalen Bundes für zivile und politische Rechte im Jahr 1966 und die nicht bindende Resolution der UNO-Generalversammlung im Jahr 2011 eine zufrieden stellende Basis für die UNO-Mitgliedsstaaten geschaffen haben, rechtlich in Aktion zu treten.

Er sagte:

„Wir haben jetzt genügend Gesetze. Jetzt müssen wir sie nur noch umsetzen.“

Pakistans negatives Beispiel

Muslimische Politiker haben ihre Angriffe auf die westliche Politik im Hinblick auf die Redefreiheit intensiviert, nachdem das Video und die Cartoons erschienen waren, in denen Mohammed verspottet wurde. Die Muslime betrachten jede Kritik an ihrem Propheten als höchst offensiv und sind der Meinung, dass sie nicht von der Redefreiheit geschützt werden sollte.

Der türkische Premierminister Tayyip Erdogan sagte auf einer Konferenz in Istanbul:

„Wir können keine Beleidigungen des Islam unter der Verkleidung der Gedankenfreiheit akzeptieren.“

Der türkische Außenminister Ahmet Davutoglus sagte:

„Wir Muslime wollen denselben Respekt, der auch der jüdischen Kultur entgegengebracht wird.“

Aber während die Herausgeber von Leitartikeln und religiöse Führer ihre Rufe nach einem weltweiten Blasphemie-Verbot erneuert haben, haben nur wenige nationale Führer tatsächlich mit ihren rhetorischen Reaktionen im Hinblick auf diese Forderung aufgehört.

Einer, der dies im September 2012 bei der UNO tat, war Präsident Asif Ali Zardari von Pakistan, dessen eigenes nationales Blasphemie-Gesetz im In- und Ausland auf immer mehr Kritik stößt, weil es eine Beleidigung für die christliche Minderheit darstellt.

Der OIC-Generalsekretär Ihsanoglu, der bei der Konferenz mit dem pakistanischen Oppositionsführer Imran Khan gesprochen hatte, ermutigte die Länder, die bereits ein Blasphemie-Gesetz erlassen hatte, dazu, sich gegen die Beleidigungen des Islam stark zu machen. Dann fügte er schnell hinzu: „Ich meine damit aber nicht das spezielle von Pakistan.“

<http://www.reuters.com/article/us-protests-religions-blasphemy-idUSBRE88I1EG20120919>
19.September 2015

Islamische Staaten versuchen erneut, ein globales Blasphemie-Gesetz durchzubringen

Eine führende islamische Organisation signalisierte am 16. September 2015 die Bereitschaft, dass sie die langwierigen Versuche, Beleidigungen gegen Religionen zu einer internationalen kriminellen Straftat zu machen, wiederzubeleben.

Dieser Wunsch kam auf, nachdem ein Aufruhr in der muslimischen Welt über ein neues vulgäres Video, aufgenommen in den USA, im Internet und wieder einmal Cartoons in einem französischen Satire-Magazin erschienen waren, wobei der Prophet Mohammed verhöhnt wurde.

Aber auch dieses Mal schien es unwahrscheinlich, von den westlichen Ländern dafür Akzeptanz zu bekommen. Der Generalsekretär der OIC, Ekmeleddin Ihsanoglu sagte, die internationale Gemeinschaft sollte endlich damit aufhören, sich hinter ihrer Rede- und Meinungsfreiheit zu verschanzen. Er meinte, ein vorsätzlicher, motivierter und systematische Missbrauch dieser Freiheit wäre eine Gefahr für die globale Sicherheit und Stabilität.

„Die zunehmende Intoleranz gegenüber Muslimen muss überprüft werden. Es muss ein internationaler Verhaltenskodex für Medien und soziale Medien gefunden werden, um die Veröffentlichung von solch einem Material zu verbieten.“

Die westlichen Länder haben lange argumentiert, dass solche Maßnahmen gegen das Herzstück der UNO-Menschenrechtserklärung zur Meinungsfreiheit verstoßen und die Tür zur Drosselung von akademischen Untersuchungen öffnen würde.

Als ob man diesen Punkt unterstreichen wollte, wurde in Genf eine Konferenz des Weltkirchenrates (WCC) abgehalten, dem die größten Gruppen der protestantischen, orthodoxen und evangelikalischen Kirchen der Welt angehören.

Dort drängte man Pakistan, sein Blasphemie-Gesetz aufzuheben, das sogar die Todesstrafe vorsieht. Die Kritiker sagten, dass dieses Gesetz weitgehendst missbraucht wird, um Nicht-Muslime zu verfolgen. Sie führten einen Fall vom September 2015 an, bei dem ein muslimischer Kleriker ein 14-jähriges Mädchen festnehmen ließ, weil sie unter dem Verdacht stand, islamisch-religiöse Texte verbrannt zu haben.

Die pakistanischen Christen und Hindus sagten auf der Weltkirchentag-Konferenz einstimmig, dass ein globales Gesetz gegen Blasphemie oder „Religionsschmähung“ erst recht eine internationale religiöse Intoleranz schüren würde, so wie man das in Pakistan und in anderen islamischen Ländern beobachten könne.

http://www.huffingtonpost.com/2015/01/15/pope-francis-charlie-hebdo_n_6478104.html
15. Januar 2015

Papst Franziskus über Charlie Hebdo: „Man darf den Glauben anderer nicht verletzen.“

Papst Franziskus sagte am 15. Januar 2015, als er in seinem Flugzeug von Journalisten interviewt wurde, dass es Grenzen bei der Redefreiheit geben würde, insbesondere wenn es darum geht, den Glauben von jemandem zu beleidigen oder diesen lächerlich zu machen.

Während Franziskus unterwegs nach den Philippinen war, sprach er über die Terroranschläge in Paris. Dabei verteidigte er die Redefreiheit nicht nur als fundamentales menschliches Recht, sondern sprach auch von der Pflicht, dabei im Sinne des Gemeinwohls zu handeln. Aber dabei gäbe es Grenzen.

Als Beispiel führte er da Dr. Alberto Gasparri an, der seine Reisen organisiert und eben auch in diesem Moment neben ihm im Flugzeug stand. Papst Franziskus sagte:

„Wenn mein guter Freund hier, Dr. Gasparri, ein schlechtes Wort über meine Mutter sagen würde, könnte er einen Fausthieb erwarten.“

Während er das halb im Scherz sagte, deutete er eine entsprechende Bewegung in die Richtung von Dr. Gasparri an.

„Das ist normal. Man darf niemanden provozieren, und man darf auch nicht den Glauben von anderen beleidigen. Man darf keine Scherze über den Glauben von anderen machen.“

Und wieder machte er eine gespielte Faust-Bewegung. Doch mit keinem

einziges Wort sagte er, dass der Terroranschlag auf Charlie Hebdo gerechtfertigt sei. Ganz im Gegenteil: Er meinte, dass solch eine schreckliche Gewalttat, verübt im Namen Gottes, nicht gerechtfertigt werden könnte und dass dies ein Gräueltat gewesen sei. Doch er meinte, dass solch eine Reaktion zu erwarten gewesen wäre.

Viele Menschen auf der Welt hatten das Recht des Satire-Magazins Charlie Hebdo verteidigt, aufhetzende Cartoons über den Propheten Mohammed zu veröffentlichen. Daraufhin erfolgte das Massaker der islamischen Extremisten in den Pariser Büros des Verlages und auf einen koscheren Supermarkt, bei denen drei Männer 17 Menschen erschossen. Andere wiederum haben angemerkt, dass es in nahezu allen Gesellschaften Grenzen der Redefreiheit geben würde. Es gibt Gesetze gegen Holocaust-Leugnung bis hin zu Gesetzen gegen rassistisch motivierter Hass-Rede.

Im Jahr 2014 hatten der Vatikan und vier bekannte französische Imame eine gemeinsame Erklärung herausgebracht, in der sie die Anschläge in Paris verurteilten und die Medien dazu drängten, Religionen mit Respekt zu behandeln. Papst Franziskus, der die muslimischen Führer dazu aufgerufen hatte, sich besonders gegen islamischen Extremismus auszusprechen, ging am 15. Januar 2015 sogar noch einen Schritt weiter, als er von einem französischen Journalisten gefragt wurde, ob es Grenzen bei der Rede- und Meinungsfreiheit im Zusammenhang mit Religionsfreiheit geben sollte.

Dazu sagte er:

„Es gibt viele Leute, die schlecht über Religionen im Allgemeinen oder die Religionen von Anderen reden und die sich einen Spaß daraus machen, die Religionen gegeneinander auszuspielen. Das sind Provokateure. Und was mit ihnen geschieht, ist das, was Dr. Gasparri passieren würde, wenn er etwas Schlechtes über meine Mutter sage würde. Es gibt da eine Grenze.“

Nach den Anschlägen in Paris hatte der Vatikan versucht, die Berichte herunterzuspielen, dass Paris jetzt ein mögliches Ziel für islamische Extremisten sein könnte. Es hieß, dass man dort jetzt vorsichtig sein müsste, aber dass es keine besondere Bedrohung gäbe.

Doch Franziskus sagte, dass er sehr um die Sicherheit der Gläubigen bangte, die in Scharen kämen, um ihn zu sehen. Er gab zu, dass er mit den Sicherheitsbeamten im Vatikan gesprochen hätte, damit sie „kluge Sicherheitsmaßnahmen“ treffen sollten. Er sagte weiter:

„Ich mache mir Gedanken. Aber Sie sollten wissen, dass es mir nicht an einer guten Dosis Sorglosigkeit mangelt. Ich bin sorglos, was diese Dinge angeht.“

Doch er gab zu, dass er gebetet hätte, dass wenn ihm etwas passieren würde, er nicht verletzt wird.

„Ich bin nicht sehr mutig, was Schmerzen anbelangt. Ich bin sehr wehleidig. Aber ich bin in Gottes Hand.“

Ende des Artikels

Weiter mit dem Video

Inzwischen werden diejenigen, die sich gegen die islamische Agenda aussprechen, verteufelt, zum Zielobjekt gemacht und als inländische Terroristen bezeichnet.

Barack Hussein Obama sagte:

„Die Zukunft darf nicht denen gehören, die den Propheten des Islam beleidigen.“

<http://edition.cnn.com/2015/10/14/politics/justice-department-domestic-terror-council/index.html>

14. Oktober 2015

Das Justizministerium hat einen neuen Standpunkt eingenommen: Weg von ISIS hin zu Gruppen, die gegen die Regierung sind

Washington (CNN): Ein Beamter des Justizministeriums sagte am 14. Oktober 2015:

„Inländische Terrorgruppen stellen eine größere Bedrohung für Amerika dar als ISIS oder al-Qaida.“

Um diese zu bekämpfen, hat das Justizministerium einen neuen Rat etabliert, der mit der Untersuchung und Verfolgung von Hass-Gruppen beauftragt ist und mit Gruppen, die sich gegen die Regierung auflehnen.

Der Assistent der Generalbundesanwältin, John Carlin, der im Justizministerium mit der nationalen Sicherheit betreut ist, hat diesen neuen Standpunkt verkündet. Der neu geschaffene „Inländische Terrorismus-Rat“ verfolgt eine Anzahl von Gewalttaten oder Verschwörungen gegen die Vereinigten Staaten von Amerika, von denen es heißt, dass sie von anti-staatlichen, rassistischen und fanatischen Gründen motiviert seien und dass man damit eine Anarchie gegen die Regierung bezwecke.

Carlin behauptet:

„Im Jahr 2014 sind mehr Amerikaner durch die Hände von inländischen Terroristen gestorben als durch internationale Terrorgruppen, auf die die Bundespolizeibeamten so sehr fokussiert sind.“

Er verwies dabei auf die bekannten rassistisch motivierten Anschläge auf die Charleston Church im Juni 2014 und den Mord an den beiden Polizeibeamten in Las Vegas, der von Extremisten begangen worden waren, die sich gegen die Regierung gestellt hatten. Er sagte weiter:

„Wenn man auf die letzten Jahre zurückblickt, ist es klar ersichtlich, dass die inländischen Terroristen und die einheimischen gewalttätigen Extremisten derzeit eine reale Gefahr für die Vereinigten Staaten von Amerika bleiben werden. Wir haben in den letzten Jahren erkannt, dass mehr Menschen in diesem Land bei Angriffen von inländischen Extremisten getötet wurden als bei Attacken, die von internationalen Terroristengruppen verübt wurden.“

Während viele Ähnlichkeiten bei den inländischen und internationalen Terrorgruppen existieren, wie zum Beispiel die Rekrutierung und die Verbindung durch die sozialen Medien, gibt es einen einzigen Unterschied: Die Art und Weise, wie das Justizministerium sie verfolgen kann.

Gruppen, wie ISIS und al-Qaida, die durch religiösen Extremismus inspiriert sind, werden von den amerikanischen Bundesregierung als Terror-Organisationen bezeichnet. Dadurch wird es illegal, wenn man sie unterstützt oder ihnen hilft.

Aber solch eine Gesetzesbestimmung existiert nicht, um weiße Rassisten, die Ku Klux Klan oder Extremisten, die sich gegen die Regierung stellen, zu verfolgen, wodurch die Bundespolizeibeamten gezwungen sind, konkrete Anklagepunkte zu finden, um sie einzusperren. Carlin sagte weiter:

„Was für Verwirrung sorgt, ist, dass 'inländischer Terrorismus' nicht als Vergehen oder Anklagepunkt zählt. **Deshalb müssen inländische Terroristengruppen oder Akteure mit Schusswaffen verfolgt werden, genauso wie Sprengstoffattentäter, Hass-Verbrecher oder Mörder.** Das Justizministerium hofft, dass der Rat nicht nur dazu beiträgt, die Verfolgung von inländischen Terroristen zu koordinieren, sondern auch Trends entwickelt, die dazu verhelfen, unserer Strategie Gestalt zu geben und legale Lücken oder Verbesserungen zu analysieren, die nötig sind, um sicherzustellen, dass wir diese Bedrohungen bekämpfen können.“

Das Justizministerium identifizierte weiße Rassisten als die gewalttätigste der

inländischen Terroristengruppen. Carlin brachte seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass der enge Fokus Amerikas, der auf den islamischen extremistischen Terrorismus gerichtet ist, davon weg und auf die Bedrohungen gelenkt werden sollte, die mehr Ressourcen erforderlich machen. Er sagte weiter:

„Ich mache mir manchmal Sorgen, dass die Berichterstattung die Bedrohung in solcher Weise aufbauscht, dass sie die Befürchtung auslöst, dass die Terroristen gerade dabei sind, ihre Ziele zu erreichen. Doch während wir uns weiterhin dieser sich entwickelnden internationalen Bedrohung, die von gewalttätigen Extremisten ausgeht, konzentrieren, haben wir den Blick für die inländische Terrorismusbedrohung verloren, die von anderen gewalttätigen Extremisten ausgeht.“

Ende des Artikels

Weiter mit dem Video:

Wir sehen also, dass mit der Begründung „inländischen Terrorismus bekämpfen zu wollen“ gerade die Bühne bereitet wird, um gläubige Christen ins Visier zu nehmen. Denn allein schon eine Kritik am Islam wird inzwischen als „Hass-Rede“ deklariert.

Und eine Christenverfolgung wird auch in der Bibel ganz besonders während der 7-jährigen Trübsalzeit prophezeit:

Offenbarung Kapitel 13, Vers 7

Auch wurde ihm (dem Tier aus dem Meer, dem Antichristen) gestattet, Krieg mit den Heiligen zu führen und sie zu besiegen; und Macht wurde ihm über alle Stämme und Völker, Sprachen und Völkerschaften verliehen.

Wir leben tatsächlich in den letzten Tagen und sollten uns unverzüglich auf die Wiederkunft von Jesus Christus zur Entrückung vorbereiten.

Fortsetzung folgt ...

Mach mit beim <http://endzeit-reporter.org/projekt/!>*

Bitte beachte auch den Beitrag [In-eigener-Sache](#)